

Der Mahnruf

Organ für Arbeitslose und Arbeiter

In den Tabaktraffen, Zeitungsbereitschaftsstellen sowie Bahnhöfen erhältlich. — Verlangt den Mahnruf in allen Gast- und Kaffeehäusern.
Verwaltung und Redaktion: Elisabethnergasse Nr. 20. — Sprechstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S. 1.40

Erscheint wöchentlich

Nummer 22

Graz, dritte Julitwoche 1927

1. Jahrgang

Wozu die „Herrschaften“ schulfreie Mädchen brauchen.

Schulfreies Mädchen, möglichst vom Lande, mit freundl. und noch kindlichem Gemüt, zu kleinem Haushalt gesucht. Christlich und streng erzogen, sowie guter Charakter Hauptbedingung. Frz. Horned, Hotel „3 Raben“, 1. St., Gang links, dann 2. St.

Ähnliche Annoncen, die fast täglich in der christlichsozialen „Kleinen Zeitung“ erscheinen, haben unsere Aufmerksamkeit erregt. Ein strupelloses „herrschaftliches“ Ausbeutertum verbirgt sich hier unter der Maske des christlichen Anstiches.

Mit dieser Annonce hat es aber noch ein ganz besonderes Verwandsnis. Durch einen Brief, der uns zugeht, wurden wir darauf aufmerksam gemacht, „Auf ihren Artikel“, so schrieb uns ein Leser, „muß ich ihnen von der christlichen Familie Horned folgendes mitteilen“. Und nun lasen wir unter anderem zu unserem größten Erstaunen:

„Das Mädel wurde von Herrn und Frau Horned mit einem Staberl geschlagen und Ähnliches mehr.“

Diese Mitteilung veranlaßte uns, das Mädchen aufzusuchen, um aus ihrem Munde direkt zu erfahren, was sich eigentlich bei dieser christlichen Familie Horned, die ein christlich streng erzogenes Mädchen, das schulfrei und vom Lande ist und doch noch ein kindliches Gemüt aufweisen soll, abspielt. Was wir nun zu hören bekamen, gab uns die Überzeugung, daß das Mädchen nicht nur wirtschaftlich ausgebeutet, sondern auch zu „herrschaftlichen“ Gelüsten mißbraucht werden sollte.

Sie erzählte:

„Nach circa 14 Tagen mußte ich der Frau ein Staberl bringen, sie legte mich übers Knie, hob mir den Rock auf und schlug mich; dann fragte sie, ob mir das gefällt. Der Herr machte das gleiche und fragte mich auch. Mit diesen Sachen war ich nicht einverstanden und die Herrschaft war auf mich los. Die Frau sagte: wenn ich mich schlagen lasse, werde ich wie ein Kind behandelt, wenn ich mich aber nicht schlagen lasse, dann werde ich wie ein Dienstmädchen behandelt.“

Und weiter berichtete sie bei geringfügigen Anlässen mit einem Staberl geschlagen worden zu sein. Einmal fand sie hinter dem Ofen mehrere Nuten (!). Sie dachte sich dabei gleich, wozu sie verwendet werden sollten. Von ihrer Vorgängerin erfuhr sie, daß die Herrschaften mit ihr sehr viel „Dummheiten“ gemacht haben. Sie hatte es auch sehr gut, bekam Kleider, Wäsche und Schuhe und manches andere.

Nach diesen Aussagen des Mädchens, das übrigens noch nicht einmal 16 Jahre ist, wußten wir woran wir sind. Es interessierte uns noch die sonstige Behandlung und das, was wir darüber hörten, war nichts Neues, 15 Schilling Lohn, Bodenreiben, Bodenbärten, Waschen, Früh um 6 Uhr auf und abends um 10 Uhr ins Bett. Sonntag, wenn die Herrschaft

Durst hatte, mußte das Mädchen auch bei Nacht vom Schlaf aufstehen. Sonntag morgens wurde sie dann pünktlich in die Kirche geschickt. Das ist ja so die übliche Behandlung aller herrschaftlichen Ausbeuter. Die Annonce ist also aufgeläut. Aus Erkundigungen, die wir einzogen, erfuhren wir noch, daß diese Herrschaft seit jeher eine Vorliebe für Mädeln unter 16 zeigte. Nun hat aber das Treiben dieser einen Herrschaft ein Ende.

Die Öffentlichkeit ist gewarnt und die Anzeige ist wie, wir erfahren, bereits erfolgt. Der Staatsan-

walt wird sich damit zu befassen haben. Darüber werden wir noch berichten.

Der christlichen Heuchelei wird damit wieder einmal die Maske vom Gesicht gerissen. Warum wünschte sich die christliche Familie Horned ein christlich erzogenes Mädchen? Warum eines vom Lande? Weil sie mit der Dummheit rechnet, die in diesen Kreisen von den Pfaffen großgeschätzt wird. Deshalb hütet euch vor jenen, die salbungsvoll die Augen verdrehen und predigen „Lasset die Kleinen zu mir kommen“.

Mussolini versorgt die steirischen Nationalsozialisten mit Waffen.

Sonntag, den 3. Juli haben sich die Nationalsozialisten Deutschlands und Österreichs in Freilassing in Bayern zu einer Führerbesprechung unter Hitler zusammengefunden. Die Tagung legte klar, daß die Hitlerbewegung von Mussolini finanziert und gefördert wird. Hitler erklärte offen seine Freundschaft für den italienischen Felsenknecht indem er sagte:

„Ich stehe mit Mussolini derzeit auf einer gemeinsamen Linie, die sich gegen Frankreich richtet, und habe nicht die Absicht, mich wegen der 250.000 Südtiroler mit ihm zu verfeinden. Mussolini hat versprochen, mich mit Waffen zu unterstützen. Es gibt keine Südtiroler Gefahr; das sind nur Machenschaften der jüdischen Presse. Den Deutschen geht es in Südtirol ganz gut, wenn sie sich nur entsprechend benehmen.“

In einer vertraulichen Besprechung am Nachmittag, an der Oberleutnant Morani aus Graz und ein faschistischer Delegierter aus Italien teilnahmen, wurde besonders die Waffenteilung an die nationalsozialistischen Verbände besprochen. Dieser Delegierte soll bereits in Steiermark ange-

kommen sein, um auch hier die Bewaffnungsfrage zu regeln. Straßer ein bekannter Pötlerräuber gab bekannt, daß Mussolini besonders die Bewaffnung der steirischen Verbände wünscht.

Mussolini laßt sich diese nationalsozialistischen Verbände aus zweierlei Gründen. Fürs erste sichert er sich in Steiermark selbst Landsknechte für den Fall kriegerischer Verwicklungen mit Jugoslawien. Im Hintergrund steht dann noch ein anderer Plan, Förderung der faschistischen Bewegung in Österreich mit dem Ziel eines Faschistenputsches zur gelegenen Zeit. Sodann indirekte Einbeziehung Österreichs in das mussolinische Imperium. So bereitet die Reaktion mit Hilfe des Faschismus auch bei uns entscheidende Kämpfe vor. Die Arbeiterschaft soll wieder in ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen werden. Das Proletariat muß sich gut gegen eine reaktionäre Überumplung versehen. Jeder klassenbewußte Arbeiter soll deshalb dem republikanischen Schutzbund beitreten, denn die Wehrhaftmachung ist das Gebot der Stunde.

Genosse Rykow über die Hinrichtungen in der Sowjetunion.

Telegramm an die englische Arbeiterpartei.

Genoss: Rykow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, empfing folgendes Telegramm, das ihm von der englischen Arbeiterpartei geschickt worden ist:

„Wir appellieren an Sie, die Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren einzustellen. Diese erregen Anstoß bei der britischen öffentlichen Meinung, insbesondere bei der freundschaftlichen Meinung der Labour Party. Wir widersetzen uns der antirussischen Politik in Großbritannien, doch haben die Hinrichtungen unsere Tätigkeit außerordentlich erschwert. Darum bitten wir Sie, die Repressalien einzustellen.“

Genosse Rykow gab darauf folgende Antwort: „Ihr Telegramm ist offenbar auf die Veröffent-

lichung des Urteils der Staatlichen Politischen Verwaltung gegen die zwanzig Weißgardisten wegen Organisierung der Spionage gegen die Sowjetunion und des Terrors gegen führende Persönlichkeiten der Sowjetunion zurückzuführen. Obwohl dieses Urteil gegen aktive weißgardistische Konterrevolutionäre, deren Schuld dokumentarisch erwiesen ist, gefällt wurde, wird es im Ausland zur Aufreizung der öffentlichen Meinung gegen die Sowjetunion weitgehend ausgenutzt. Im Zusammenhang mit diesem Urteil werden durch die Auslandspresse, die dem proletarischen Staat feindlich gegenübersteht, zahllose Lügen und Verleumdungen verbreitet. Der unmittelbare Zweck dieser Zeitungskampagne ist das Bestreben, die Aufmerksamkeit von der Kriegsgefahr, die der Sowjetunion droht, und von den neuen Abenteuern, die mit der materiellen und moralischen Unterdrückung

des konservativen Kabinetts in Großbritannien gegen die Sowjetunion in Vorbereitung sind, abzuwarten. All dies veranlaßt mich, Ihr Telegramm mit einiger Ausführlichkeit zu beantworten.

Das Urteil der Staatlichen Politischen Verwaltung wird in Ihrem Telegramm „eine Einrichtung ohne Gerichtsverfahren“ genannt. Dies ist unrichtig. Nach dem Geiste unseres Staates ist das Kollegium der Staatlichen Politischen Verwaltung in reinen Fällen zuständig, in denen es notwendig ist, ein aktives Vorgehen der Konterrevolution zu bekämpfen: in diesen Fällen hat es die Rechte des Revolutionstribunals. Demnach ist das Kollegium der Staatlichen Politischen Verwaltung ein Ausnahmegericht, das ferner jenen Ausnahme- und Sondergerichten analog ist, wie sie in allen bürgerlichen Staaten bestehen. Allerdings besteht dabei ein prinzipieller Unterschied: Das Sowjetgericht kraft der Konterrevolutionäre, während die Gerichte in bürgerlichen Ländern die revolutionären Arbeiter bestrafen.

Ich möchte Sie daran erinnern, daß die Außerordentliche Kommission, die in der Zeit des Interventions- und des Bürgerkrieges bestand, sogleich aufgelöst wurde, als es dem Sowjetstaate gelungen war, die von Churchill organisierten und finanzierten Interventionskräfte zu vertreiben und den Sieg über die Konterrevolution zu erringen. Durch diesen Akt bewies der Sowjetstaat, daß er es für möglich erachtet, in der gegenwärtigen Situation zu den früheren Methoden zum Schutze der Sowjetmacht gegen die Konterrevolution lediglich in außerordentlichen Fällen zu greifen, also dann, wenn sie durch neue Anschläge weißgardistischen Verschwörer dazu gezwungen ist.

Sie teilen in Ihrem Telegramm mit, daß ein Teil der öffentlichen Meinung Großbritanniens an dem jüngsten Urteil der Staatlichen Politischen Verwaltung „Anstoß nimmt“ („shocket“). Ich glaube, daß dies infolge der Unterschätzung jener besonderen Bedingungen geschieht, unter denen die Arbeiterklasse unserer Sowjetunion die Berechtigung des Staates der Werkstätten zur Existenz und zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft verstehen muß. Die Arbeiterklasse unserer Sowjetunion muß ihre schöpferische Arbeit, eingekreist von den kapitalistischen Staaten, vollbringen. Gegenwärtig führt die konservative Regierung Großbritanniens, nachdem sie die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abgebrochen hat, gegen diese in der ganzen Welt eine wütende feindselige Kampagne und bereitet ein neues Kriegsabenteuer vor. Jeder bürgerliche Staat kann im Kampfe und für den Kampf gegen den ersten proletarischen Staat alle Kräfte seines Staatsapparates, seiner finanziellen Macht und seiner Presse ausnützen. Jetzt ist selbst die Frage der Ausnutzung seiner Streitkräfte zum Kampfe gegen die Sowjetunion an der Reihe. In dieser Situation, die durch einen solchen erbitterten Kampf gegen die Sowjetunion charakterisiert ist, ist ein entschiedenes Vorgehen der Arbeiterregierung gegen die aktiven Verschwörer, gegen die Konterrevolutionäre und Anhänger der Monarchie und der bürgerlichen Staatsordnung in der Sowjetunion eine zwingende und unabweisliche Notwendigkeit.

Wenn die Gegner alle möglichen Mittel bis zu den Mitteln der Bestechung, der Organisierung von Verschwörungen, von Morden, Provokationen und Brandstiftungen und der Vorbereitung militärischer Vorstöße anwenden, dann wäre es ein Verbrechen, nicht entschiedene Maßnahmen zum Schutze der Interessen der Arbeiter und Bauern zu ergreifen, und die Arbeiter der Sowjetunion hätten dies als Verbrechen an der Revolution und als Nachlässigkeit gegenüber der Konterrevolution betrachtet. Die bürgerliche öffentliche Meinung glaubt, über die Einrichtung abeliger Gutbesitzer und Monarchisten, die der aktiven konterrevolutionären Tätigkeit überführt sind, „shockiert“ sein müssen. Doch sie begünstigt jede Erziehung von Arbeitern und Bauern und nimmt sie mit offenem Veil auf, sie unterstützt jegliche Repressalien gegenüber

den unterdrückten Klassen und Völkern. Dies ist vom Gesichtspunkte der Interessen der Bourgeoisie, der Adelligen und Kapitalisten, begreiflich. Doch einen derartigen Standpunkt kann die Arbeiterklasse nicht teilen.

Sie bitten, wir mögen die Repressalien einstellen. Die Sowjetunion achtet und schützt im höchsten Maße die Meinung der Arbeiterklasse Großbritanniens. Doch ich glaube, daß die Interessen der Arbeiterklasse der ganzen Welt darin bestehen, ungeachtet des Passes und der zahllosen Vorstöße der Klassenfeinde den Staat der Werkstätten aufrechtzuerhalten, der im Kampfe entstanden ist, der der erste Arbeiterstaat in der menschlichen Geschichte ist und der seine weltwichtige Arbeit zur Organisierung der sozialistischen Gesellschaft unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen fortführt. Die Kampagne, die jetzt gegen die Sowjetunion im Zusammenhange mit dem Urteil der Staatlichen Politischen Verwaltung geführt wird, bezweckt keineswegs den Schutz irgendwelcher Verurteilter. Sie ist vielmehr ein Bestandteil der gesamten Kampagne gegen die Sowjetunion. Um diese Kampagne zu fördern, sind die daran interessierten Kreise, in erster Reihe die englischen Richards, bestrebt, die öffentliche Meinung von jenem haarsträubenden Verbrechen abzuwenden, das sie begehen, indem sie einen neuen Krieg vorbereiten, eine wütende Attacke gegen die Arbeiterklasse reiten, mit der größten Grausamkeit die Freiheitsbewegung der unterjochten Völker und Klassen der ganzen Welt unterdrücken und die monarchistischen und weißgardistischen Organisationen finanzieren.

Die erste und wichtigste Pflicht der wahren Vertreter der Arbeiterklasse ist der Schutz der Interessen der proletarischen Revolution vor der Konterrevolution und allen ihren Folgen, nicht aber die Begünstigung der weißgardistischen Räuber der monarchistischen Organisationen und ihrer Agenten. Ich hoffe, daß weite Kreise der englischen öffentlichen Meinung, ganz zu schweigen von den Arbeitermassen, auf die Politik der Provokation, des Betruges und der Vorbereitung eines neuen Krieges, wie sie die englische Regierung treibt, nicht eingehen werden.“

Um ein Drittel gekürzt.

Im vergangenen Parlament wurde das Gesetz für die Altersversicherung ausgearbeitet. Damit ist aber nicht gesagt, daß sie in Kraft tritt. Die christlich-soziale Pfaffenclique weiß sich zu helfen. Wann die alten Arbeiter die erste Unterstützung auf die Hand bekommen, ist noch ganz unbestimmt. Vielleicht in 30 Jahren, wenn die Proleten geduldig warten. Vielleicht in kurzer Zeit, wenn die Werkstätten durch Kampfmaßnahmen auf eine Beschleunigung hindrängen. Eine Bestimmung tritt aber jetzt schon in Kraft. Die über 60 Jahre alten Arbeitslosen werden nämlich sofort in die Altersversicherung eingereiht. Die Arbeitslosenunterstützung wird ihnen eingestellt und sie bekommen ihre Rente bereits ab 1. Oktober 1927. Mit dieser Rente ist aber auch gleichzeitig ein ärgeres Hungerdasein als bisher bis zum Lebensabschluß sanktioniert, denn sie ist um ein Drittel niedriger als die Arbeitslosenunterstützung. Statt 75 Schilling monatlich, wird der über 60 Jahre alte Arbeitslose beispielsweise nur mehr 50 S bekommen. Die alten Frauen werden darunter noch härter zu leiden haben. Die meisten von ihnen hatten eine monatliche Unterstützung von 60 S. Nach der Rente bekommen sie nur mehr 40 S. Seipel hat also vom Standpunkt der Bürgerlichen wieder einen glänzenden Schachzug gemacht. Den Einzelnen wird derart die Unterstützung ganz empfindlich gekürzt. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag auf Erhöhung der Rente eingebracht. Er wurde von den Christlichsozialen, Großdeutschen und Landbändlern niedergestimmt. Diese Tatsache sollen sich diese Arbeiter und Arbeiterfrauen gut hinter die Ohren schreiben, die noch im Lager dieser bürgerlichen Parteien sitzen. Die alten Arbeitslosen,

die nun in den Genuß dieser Hungerrente kommen sollen, werden sich den Kopf zerbrechen, wie damit auskommen. Der „Arbeiterwille“ meint, warten, bis einmal eine sozialdemokratische Mehrheit zustandekommt. Wir halten diese Theorie für sehr schlecht; sie erinnert auch sehr stark an die Verträglichkeitstheorie der Kirche auf ein besseres Jenseits. Die alten Arbeitslosen, die unter der unmittelbaren Auswirkung dieser Theorie hungern müssen, werden sie vollends verurteilen. Die Alten müßten durch entschiedene Kampfmaßnahmen von einem Lebensabend, der nur ein Hungerdasein bedeutet, beschützt werden. Zu groß ist die immer wiederkehrende Rücksichtnahme auf die Bürgerlichen. Das Bürgertum erstarrt bei einer solchen Laktik und das Proletariat wird geschwächt.

Das Papsttum führt zum Kampf.

Im „Volkblatt“, dem Organ der Christlichsozialen, waren am 1. Juli folgende Zeilen zu lesen:

Schon seit längerem zieht sich durch alle Rundgebungen des Heiligen Stuhles, sei es, daß der Papst im Konklavium vor dem Kollegium der Kardinäle, sei es, daß er vor Pilgern spricht oder das Vullen und Enzykliken von ihm ausgehen, ein thematischer Grundgedanke, der wie ein Leitmotiv der päpstlichen Betrachtungsweise der Welt zugrunde liegt. Es ist der stets erneuerte Hinweis des Heiligen Vaters auf die Schäden, die der Bolschewismus in dieser oder jener Form bei manchen Völkern der Erde heute bereits angerichtet hat, und auf die Gefahren, die anderen Völkern durch diese umstürzlerischen Ideen, durch die „subversiven Kräfte“ und das von außen als Fremdkörper zu ihnen kommende „Gift“ noch drohen.

Zur Bestätigung dieser Worte veröffentlichte das „Volkblatt“ einige Stellen aus einer Allocution des Papstes, worin dieser den Regierungen den Vorwurf macht, den Kampf gegen die staatsumwälzende Theorie des Sozialismus bisher zu lau geführt zu haben. Mit dem der Kurie und den Konklaven eigenen Diplomatenstil, heßt er die Regierungen zum Kampf wieder die Sozialisten. Lobend wird vom „Volkblatt“ Italien erwähnt, dessen faschistische Regierung als einzige das durchgeführt hat, was des Papstes Herzenströnsch ist und deshalb gelte das Wort des Papstes „nulla fere gubernatorum providentia“. (Die Regierungen leisten fast keine Gegenwehr), auch für Italien nicht. Wir sehen also die Kirche an der Spitze der Reaktion gegen die Arbeiterschaft marschieren. Der Faschismus wird gepriesen, der Vatikan in Rom gibt Ziel und Richtung an. Können diese Genossen, die unter solchen Umständen noch immer erklären „Religion ist Privatsache“ im Recht sein? Nein, niemals.

Vom Landtag.

Aus der Sitzung vom 2. Juli: Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten hat die Landesregierung die Bezahlung des jährlichen Pauschalbeitrages von 85.000 Schilling für die Unfallversicherung der in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter übernommen. Aus der Area Hinteln stammt nämlich die Verfügung, daß die Bauern bis zum größten Grundbesitzer für ihre Arbeiter keine Unfallversicherung bezahlen brauchen. Das Land hatte unter Hinteln die Bezahlung übernommen. Die neue Landesregierung setzt sie nun fort. Für die Arbeitslosen war kein Geld vorhanden, wohl aber für die Bauern, für die Großgrundbesitzer. Daß sich die Sozialdemokraten mit einem bloßen Gegenantrag begnügten und nun, da sie überstimmt wurden, gegen die Verpönderung der 850 Millionen Kronen jährlich nichts mehr weiter unternehmen, ist vollkommen unverständlich.

Der Abgeordnete Söllner (S. P.) stellte eine Dringlichkeitsanfrage betreffs der Ausführforderung nach Sowjetrußland. Rosenwirth (S. P.) richtete

eine Dringlichkeitsanfrage über das Verhalten des Gendarmerieposten Vorderberg, der Ausflügler (Arbeiter!) verhaften, einsperren und dem Kreisgericht Leoben einliefern ließ, weil sie vor einer kirchlichen Prozession die Hute nicht abgenommen haben. Wolf (S. P.) vertat die Dringlichkeitsanfrage über das Verhalten des Bezirkschulrates in Wildon, welcher einer konfessionslosen Familie, die ihr Kind vom Religions-Unterricht fernhielt, mit Strafverfolgung drohte, trotzdem der Verfassungsgerichtshof klar entschieden hat, daß Kinder konfessionsloser Eltern zum Religions-Unterricht nicht gezwungen werden können, wenn der Austritt des Kindes vor dem 7. Lebensjahr erfolgt. Im ersten Falle erklärte der Landeshauptmann baldigst eine Vorlage einzubringen. In den beiden letzteren Fällen versprach er die Untersuchung durchzuführen.

Die Lebensmittelverteuerer an der Arbeit.

Die Großagrarien werden schon tollwütig, weil die geforderten Zollerhöhungen durch die Sozialdemokraten bisher vereitelt wurden. Der Kammerpräsident der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer Reither erklärte Dienstag, den 28., „Wenn es einer Partei beliebt, ihre Verschleppungsmandate im Zollauschuß fortzusetzen, so werden wir mit denselben Mitteln darauf zu antworten wissen und dafür Sorge tragen, daß unsere agrarische Vertretung im Nationalrat die Behandlung eines jeden anderen Gesetzes in der gleichen Weise verhindert“. Diese Bulasbrüche beweisen, daß die Haltung der S. P. im Zollauschuß bisher gut war. Gewisse Anzeichen deuten aber auf ein Nachgeben der Sozialdemokraten. Dies müßte schärfstens verurteilt werden, denn den Großagrarien ist es nicht um eine Hebung der Produktion, sondern nur um größere Profite zu tun. Der Kleinbauer würde bei einer Zollerhöhung auf Getreide und Fleisch wenig oder gar nichts gewinnen. Nur ihre Not zu lindern, gibt es ein anderes und viel wirksameres Mittel und das ist Steuerermäßigung oder vollkommene Befreiung. Die Großbauern und Großagrarien sollen dafür höher besteuert werden. Vom proletarischen Standpunkt ist bei den Hungerlöhnen und der Kiesenarbeitslosigkeit eine Zollerhöhung unerträglich. Den Drohungen der Großagrarien, die Pölle mit allen Mitteln durchzusetzen, muß, wenn die parlamentarischen Abwehrmaßnahmen unzureichend sind, die reale Macht des

Proletariats entgegengestellt werden. Also Verhinderung um jeden Preis.

Ein Monat Kerker für die Wahrheit.

Vom Innsbrucker Schöffengericht wurde am 1. Juli der ehemalige Benediktinerkloster und nunmehr in der Freidenkerbewegung tätige Genosse Anton Krenn zu einem Monat Kerker verurteilt, weil er in einer Verammlung erklärte: „Wo bleibt der gerechte Gott, wo bleibt der barmherzige Gott? Die Lehre ist irrig, daß Gott, der die Menschen schon aus dem Paradies vertrieben, die Kriegsareuel zugelassen, daß Gute belohne und das Böse bestrafe. Nicht Gott hat die Menschen gemacht, sondern die Menschen haben Gott gemacht. Die Religion ist nichts anderes, als eine Zuchttrute für das Volk und die Priester eine Polizei. Die Religion, welche der Katholizismus lehre, entbehre der Stütze einer wahren Götlichkeit. Es besteht ein Preistarif der kirchlichen Institutionen. Das Feilste werde besteuert und was gelehrt wird hat in finanzieller Hinsicht meist praktischen Wert“. Gen. Krenn, der in dieser populären Darstellung die Aufklärungsarbeit leistet, ist der klerikalen Reaktion ein Dorn im Auge. Tirol war der glänzlige Ort, wo sie den verhassten Freidenker-Agitator der bürgerlichen Justiz ausliefern konnten. Gegen das Urteil wurde die Nichtigkeitsbeschwerde eingebracht.

Aus dem Arbeiterleben.

Sein Recht gefordert und entlassen.

Wer kennt nicht die Firma Hanschmann, Rosensteingasse. Berühmtes Hadentkrenzlerneß. Deshalb werden dort auch die sozialpolitischen Gesetze nicht beachtet. Wenn aber trotzdem einer sich hineinverirrt, der sein Recht verlangt, wird er eben hinausgeschmissen. So erging es dem Hilfsarbeiter Edlinger. Er forderte die ihm gebührende Überstundenentlohnung. Aus war's mit der Freundschaft. Entlassen wegen § 82 gab der Buchhalter Rogler als Grund an. Wieso, warum, ist ein Rätsel, besser gesagt, Willkür. Die vier Wochen Kündigungsfrist, die Edlinger als Einstellungsinvalide hat, wurden ebenso mißachtet. Außerdem weigert sich auch das Arbeitslosennam den Gen. Edlinger vor Ablauf von 8 Wochen die Unterstützung zu geben, indem sie sich auf besagten Paragraphen stützt. Abirgens für die Leichtsichtigkeit und

Zusammenarbeit mit dem reaktionären Unternehmer-gefinde! Inwisch. Das also kann einem Arbeiter in der Hadentkrenzlerbude passieren.

Einer der Arbeitslose froheln will.

Der Erdäpfelkändler Wirsberger, Elisabethiner-gasse 18, annoucierte vor kurzem: Kräftiger Bursche wird augenommen mit guter Schulbildung und guter Nachfrage. Auf diese Annonce erschienen mehrere Arbeitslose, die jedoch vom Erdäpfelkändler mit dem Bemerkten abgewiesen wurden, daß er niemanden nehme, der im Bezug der Arbeitslosen-Unterstützung steht. Vor längerer Zeit erlaubte sich dieses Subjekt, das einzig und allein vom Kartoffelhandeln lebt, eine ähnliche Gemeinheit. Er stoppte einen Arbeitslosen durch 14 Tage mit dem Versprechen auf einen Posten von Lohnhöhe herein und nahm dann ganz willkürlich wen andern. Die Arbeitslosen werden sich keine Adresse, Elisabethiner-gasse 18, merken.

Wie Arbeitslose leben.

Ein Arbeitsloser schreibt uns: „Ich will Ihnen ausrechnen, wie wir Arbeitslose mit S 17-50 wöchent-lich leben müssen. Zahlungen pro Woche: Bettgeld S 5.—, Wäscheverrechnung S 1.— = S 6.—. Somit bleiben für den Lebensunterhalt S 11.50. Das macht pro Tag S 1.64. Diese Summe wird folgendermaßen aufgeteilt: Frühstück 40 g, Mittag 64 g, Abend-brot 60 g = S 1.64. Mithin ist die Unterstützung zur Gänge aufgebraucht. Wo bleibt die Nachschaffung für Schuhklappen, (auf Soden denkt er garnicht, die Red.), Seife oder Schuhreparatur, die Nachschaffung für zugrunde gegangene Leibwäsche, geschweige von anderen Bedürfnissen. Die Betten Oberbezogen sollen sich einmal die Lebensweise veranschaulichen und statt der Nachzügler einmal mit uns essen, dann würden sie ihre Versprechungen besser einhalten. Wir Arbeitslose leben schlechter als die Sträflinge“. — Wir haben diesen Brief gerne zum Abdruck gebracht, weil er besser als alles andere die Notwendigkeit der Unterstützungserhöhung begründet. Wir sind gespannt, wann endlich diesbezügliche Anträge im Parlament erfolgen werden

Wui, schämt euch!

Trotz der großen Arbeitslosigkeit und den Bestimmungen im Kollektivvertrag, wonach Mauerwerk nicht im Akkord gemacht werden darf, finden sich noch immer Menschen, die sich skrupellos über die große Not vieler Arbeiterfamilien hinwegsetzen und diejen durch ihre Akkordhysterie das Brot stehlen. 7 Mauer am Postgebäudebau vollziehen diese schändliche Handlungsweise zugunsten des Unternehme-gebiades. Daß Akkord — Nord ist, wissen sie selbst sehr gut, denn der Mauer Führer erklärt: „Wir arbeiten Akkord, wenn wir auch umfallen“. Hilfsar-beiter müssen mitschulden, ob sie wollen oder nicht, denn wer nicht genug Ziegel her schafft, wird mit dem lügnereichen Becmert „wegen Arbeitsmangel“ entlassen, wie es auch kürzlich einer Hilfsarbeiterin passiert ist, die lange schon im Baujuch tätig war. Bedauerlicher-weise sind diese Akkordjäger nicht organisiert und stehen unter Einfluß des Mauer Wader, der sich immer einbildet, 100 prozentiger Kommunist zu sein, jedoch in der Praxis das Gegenteil ist. In ihrem eigenen Interesse raten wir den dort Beschäftigten in die Organisation einzutreten und für höhere Löhne zu kämpfen, wodurch Akkord überflüssig wird. Auch wir sind mit vielen in der Gewerkschaft nicht ein-verstanden, jedoch um Abstände zu beseitigen, muß man selbst organisiert sein, um mitzubestimmen und mitentscheiden zu können.

Notlage nicht vorhanden.

Die Familie W. ist von der Arbeitslosigkeit schwer betroffen. Der Vater und 2 Söhne streampeln bereits 2 Jahre. Ein drittes Kind ist noch bei der Schüssel. Die Kleider, die Wäsche, die Schuhe, alles

Banzerkreuzer Potemkin.

(Fortsetzung.)

Da waren alle Tugenden des Soldaten ver-geffen, sogar die vornehmste, die Tapferkeit: Von einem Wachmeister wird berichtet, daß er seinen Kopf in einen Haufen Kohlen vergrub und seine Kameraden hat, ihm beim Einscharen behilflich zu sein. Die Führer der Arbeiter gingen an Bord des „Potemkin“ um mit den Führern der Matrosen zu verhandeln. Wer ein Boot erwischen konnte, folgte ihnen, und bald wimmelte das Deck des Banzerkreuzers von „Zivilisten“. Nicht zur Freude der Deckoffiziere, die sich nur vorläufig auf den Boden der Tatsachen gestellt hatten. Inzwischen wählten sie unter den Matrosen, machten sie mißtrauisch gegen die zwanzig Führer, sprachen von der Verzeihung des Zaren. „Kein Mensch glaubt,“ sagten sie, „daß der Zar uns alle wegen der paar Offiziere erschießen lassen wird — wenn wir bereuen.“ Groß war das Vertrauen des gewählten Komitees zur französischen Republik, als es an „Seine Excellenz, den französischen Konsul in Odesa“ einen Brief ver-saßte, den er an die russischen Behörden weiter-leiten sollte. „Sehr geehrte Behörden von Odesa! Die Mannschaft des Banzerschiffes „Fürst Potemkin von

Laurien“ ließ heute, am 15. Juni, eine Leiche vom Schiffe ans Ufer bringen und den Arbeitern zur Bestattung übergeben. Nach einiger Zeit wurde von diesen Arbeitern ein Boot an unser Schiff abgehandelt mit folgender Meldung: die Wache, die bei der Leiche stand, ist von Kosaken vertrieben, die Leiche ohne Aufsicht gelassen worden. Die Mann-schaft des Banzerschiffes bittet daher die Behörden von Odesa, der Bestattung des Matrosen kein Hin-dernis in den Weg zu legen, die Polizei sowie die Kosaken aufzufordern, die Verfolgungen einzu-stellen, die Arbeiter in der Juststellung der not-wendigen Lebensmittel für die Mannschaft nicht zu behindern.

Die Mannschaft bittet die Behörden von Odesa, diese Forderungen zu erfüllen. Falls das verweigert werden sollte, wird gegen die Stadt ein Feuer aus allen Geschützen eröffnet werden. Außer-dem erwartet die Mannschaft Hilfe aus Sebastopol, und zwar einige Banzerschiffe. Dann wird es um so schlimmer sein.“

Als die Beratung soweit gediehen war, meldete ein Matrose, daß die Mannschaft die Aus-schiffung der Zivilisten verlange: der erste Erfolg der Opposition. Mit wenigen Ausnahmen gingen die Arbeiter von Bord und wurden am Ufer von der Bevölkerung stürmisch empfangen.

(Fortsetzung folgt.)

ist in der Zeit draus gegangen. Die Mutter hat sich als Fabrikarbeiterin abgerackert, damit's nicht ganz ohnmächtig geht. Endlich bekommen die Söhne Arbeit. Ihr erster Gedanke war, nachschaffen, was während der langen Arbeitslosigkeit sitzen ging. Die Rechnung geschah aber ohne den Wirt. Raum waren die Söhne in Arbeit, wurde dem Vater Sr. Nr. 31.374 die Unterstützung eingestellt. Die Begründung lautete: „Da die geistlich geforderte Notlage nicht vorhanden ist, da ihre Gattin wöchentlich 26—28 S verdient (was nebenbei bemerkt nicht stimmt), und zwei Söhne einen Stundenlohn von 80 g haben“. So steht die Demotrasie aus. Dem notleidenden Proletariat reißt man das letzte Stück Brot aus dem Mund, den Besitzenden wird's in den Arsch hineingesteckt.

Ereignisse der Woche

Kampfabchluss der Metallarbeiter der „Eim“. In einer allgemeinen, gutbesuchten Betriebsversammlung am Sonntag, den 3. Juli wurde das Ergebnis der letzten Lohnverhandlung mit allen gegen zwei Stimmen angenommen und beschlossen. Montag, den 4. Juli die Arbeit aufzunehmen. Die Löhne wurden allgemein um 6 Prozent erhöht mit Ausnahme der in der höchsten Lohnklasse stehenden Mechaniker und Werkzeugmacher, welche mit 5 Prozent Erhöhung abschlossen.

Eine englische Flotte in Oslo. In Oslo (Norwegen) ging dieser Tage eine englische Flotte vor Anker. Die Kommunisten veranstalteten sofort eine Versammlung und teilten Flugblätter aus, in denen die englischen Matrosen aufgefordert wurden, nicht gegen Russland vorzugehen. Der englische Gesandte erhob dagegen Einspruch, worauf im kommunistischen Parteibüro Hausdurchsuchung vorgenommen wurde. Der Partei-Vorsitzende, der Chefredakteur und der Parteisekretär wurden verhaftet.

Fleischvergiftungen in Polen. In der Garnison Breschen sind 800 Soldaten nach dem Genuss von verdorbenen Fleisch an einer schweren Vergiftung erkrankt.

Schreckensstat eines Geisteskranken. In Baugen (Deutschland) hat der Tischlermeister Kramer, der seit langem schwermütig war, seiner Frau mit einem Hammer den Schädel zertrümmert, seinen drei Kindern schwere Schnittwunden beigebracht und sich dann selbst die Kehle durchgeschnitten. Obendrein öffnete er noch den Gasbahn. Kramer und seine Frau sind lebensgefährlich verletzt. Die Kinder dürften mit dem Leben davonkommen.

Bedauernder Rückgang der Arbeitslosen-zahl wird aus Wien gemeldet. In der zweiten Junihälfte ist die Zahl der Arbeitslosen um 1519 gesunken, so daß 77.754 Arbeitslose zu verzeichnen sind gegenüber dem Stand von 83.633 von vorigem Jahre.

Von chinesischen Seeräubern gefangen wurde der Kapitän eines amerikanischen Schiffes, Fisher und ein chinesischer Schiffsbändler. Die Seeräuber fordern ein Lösegeld von 20.000 Dollar.

Den Spiellameraden erstoßen hat in Buch (St. Stefan im Rosental) der Gastwirt Gföls. Beim „Schnapsen“ geriet er mit seinem Partner, Josef Komrad, in Streit, worauf dieser das Gasthaus verließ. Komrad wurde dann von Wirt Gföls verfolgt und von diesem ein paarmal auf den Kopf geschlagen. Nr. abzuwehren, zog Komrad ein Taschmesser und traf so unglücklich, daß er Gföls die Schlagader öffnete und dieser an den Folgen starb.

18.000 Sardinenfische sterben, so daß in allen französischen Häfen der Sardinenfang lahmgelegt ist. Auch sollen 7000 Arbeiter, die in den Fabriken, wo Sardinien verarbeitet werden, sterben.

Von Wildschweinen angegriffen. Im Ciblesebirge (Ungarn) ereignete sich dieser Tage ein grauenvoller Vorfall. Der vierzehnjährige Pientenabe Lamia verirrte sich in die Wälder und konnte den Heim-

weg nicht mehr finden. Dort wurde er dann von einem Eber angefallen. Holskäller, die am andern Tage an die Stelle kamen, fanden nur mehr Kleiderreste und einige Knochen.

Beim Einheizen des Sparherdes üngen die Kinder der Besitzerstochter Johanna Edler aus Freidorfstejn Feuer. Johanna Edler trug so schwere Brandwunden davon, daß sie noch vor ihrer Einlieferung ins Spital unterwegs starb.

Das siegreiche Vordringen der Südbarmee unter Tschang-sai-scheh in China hat zur Folge, daß England Verhandlungen mit der Nanking-Regierung sucht. Auch Japan unternimmt Annäherungsversuche. Die Chinesen stellen sich nach wie vor auf den Standpunkt der Gleichberechtigung mit den Ausländern; also Aufhebung der Konzessionen.

Eingeschlagene Hinterköpfe, Schüsse in die Stirnhöhle, zertrümmerte Hirnschalen und andere Spuren eines gewaltsamen Todes zeigen die zahlreichen Skelette, welche Arbeiter anlässlich von Ausschachtungsarbeiten unter einem Stadtbahnbogen in Berlin in sorgfältig verdeckten Massengräbern fanden. Die Berliner Polizei ist über den Fund sehr verlegen und will der Bevölkerung vormachen, der Fund stamme von einem Bestriedhof und sei über 150 Jahre alt. Das Proletariat kann sich aber erinnern, daß die Brückenbogen vor circa 40 Jahren fundamementiert wurden und daß man damals auf keinerlei Skelette gestoßen sei; übrigens wurden die Leichen einen Meter oberhalb des Fundamentes gefunden. Man nimmt vielmehr an, daß die Leichen aus den Januar- und Märztagen des Jahres 1919 stammen und daß es sich um Arbeiter und Matrosen handelt, die von Roska-Truppen gefangen und gemuschelt wurden, und die dann an der Fundstelle bei Nacht und Nebel begraben wurden. — Es wird Sache des deutschen Proletariats sein, die restlose Aufklärung dieser grauenhaften Funde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fordern.

Ein gemeiner Mörder u. Spitzel. Nenscho Natsschew, der Sohn eines bulgarischen Millionärs, hat sich in Wien an die sozialistischen Studenten heran gemacht, ebenso wie an die Sozialisten seines Landes. Er hat 42 Personen den bulgarischen Ferkelnechten ausgeliefert, denen jetzt der Prozeß gemacht wird. Wie gemein das saubere Millionärssohndchen, das sicher keine Not kennt und sich noch kein Stück Brot ehrlich verdient hat, vorgeht, zeigt ein Fall. Er erschwindelte sich das Vertrauen des als Sozialisten verfolgten Partatschew und überredete ihn mit ihm im Auto nach Philippopol zu flüchten. Auf der Landstraße tauchte dann plötzlich die von Natsschew avisierte Polizei auf. In diesem Momente tötete der elende Verräter den vertrauensseligen Sozialisten durch mehrere Schüsse. Die Polizei meldete dann Partatschew sei auf der Flucht erschossen worden, sein Gefährt sei vernichtet. Die bulgarische Polizei hat ihren Subjekt nun einen neuen Paß ausgestellt auf den Namen Daskaloff, damit er in Wien unter den bulgarischen Studenten neue Opfer finden kann.

Tod eines Zahnarztes durch den Biß einer Patientin. In Göttingen starb dieser Tage der erst 33jährige Zahnarzt Schröder an einer Blutvergiftung. Eine Patientin hatte ihn beim Zahnziehen in den Finger gebissen.

Das Urteil im Prozeß Rakoff wurde diese Tage als rechtskräftig verurteilt. Rakoff, der gewesene ungarische Volkskommissär, wurde zu 8 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wird ins Zuchthaus nach Szegedin gebracht werden, wo nur die ärgsten Schwerverbrecher inhaftiert sind, und wo mit unmenslicher Grausamkeit gegen die Gefangenen vorgegangen wird. Wieder ein feines Forturteil aus dem Land, wo man gemeine Banknotenfälscher mit Aufenthalt in den feinsten Sanatoriums bestrast, Revolutionäre mit Schwerverbrecher zusammensteckt.

Die englischen Banken weigern sich Sowjetwchsel einzulösen. Auf diese Weise wird der Sowjetregierung der Erhalt von Krediten erschwert.

Die Genbarmerste hat in Götting dem Kaufmann Weinberger einen gründlichen Besuch abgestattet und fand in einer dunklen Kammer dessen 43jährige Tochter, von deren Existenz niemand wußte, da die Bedauernswerte seit 30 Jahren wie ein wildes Tier gefangen gehalten wurde. Ihr Geist ist unnahlich und ihr Körper derart verkrüppelt, da man annehmen muß, sie sei jahrelang in einer Kiste eingewängt gewesen.

Die Herren Hausbesitzer wollen die Erhöhung des Mietzins unbedingt erzwingen und erklären, den Kampf unter Umständen bis ans Messer zu führen. Die Regierung soll gezwungen werden, zu ihren Forderungen Stellung zu nehmen, andernfalls sie die Abgabe der Einkommen- und Erwerbsteuer verweigern und die Beträge für Gas und elektrischen Strom zurückhalten werden. In diesem Sinne hielt in Wien eine Versammlung und darauffolgend einen Demonstrationsszug ab, welcher sich über den Ring bewegte. Der Präsident der Hausbesitzer erklärte unter anderem: Die Häuser werden sehen, daß wir imstande sind, unsere Rechte und unsere Freiheit mit Gewalt zurückzurufen. Wenn man das bürgerliche Gesetzbuch durch die Veranuerung der Beschränkung des freien Eigentumsrechtes holschwieieren läßt, dann werden wir dieses Gesetzbuch in Fesseln reissen.“

Der Paragraph 144 forderte wieder ein Opfer u. zw. die 18jährige Hausgehilfin J. Hainisch, welche vom bürgerlichen Gericht des Kindesmordes angeklagt wird. Sie geht ohne jede Hilfe im Keller des Hauses Glacisstraße 5 einen gefunden Knaben, tötete ihn aber aus Angst vor der Entlassung unmittelbar nach der Geburt, verscharrte ihn und ging trotz körperlicher Schmerzen und seelischer Gebrochtheit an die Arbeit, als ob nichts geschehen wäre. Hoffentlich wird das bürgerliche Gericht ihr ebensoviel Verständnis entgegen bringen, wie der „Dame Groszavest.“

Die kirchliche Witz-Week findet in der Zeit vom 31. Juli bis 7. August statt. Damit die Unterbringung der Arbeiterportier möglichst glatt von statten geht, möge jeder Prolet, der über ein freies Bett oder Zimmer verfügt, selbes in gastfreundlicher Weise für die Dauer der Veranstaltung zur Verfügung stellen.

In der Nähe der Landesirren-Anstalt Feldhof, ereignete sich bei der Bahnüberführung durch das Fehlen der Bahnranken ein schwerer Autounfall, infolge Zusammenstoßes mit einem Personenzug. Das Auto wurde etwa 100 Meter geschleift, die zwei auf dem Wagen befindlichen Lenker, u. zw. der 25 Jahre alte J. Oberkircher und der 37jährige Andrej waren sofort tot. Ihre Leichenteile lagen auf dem Bahndörper verstreut.

Die Bontzevitze kommt anweisen in Verlegenheit wie sie ihr Geld, das sie aus Arbeiterschweißgeschmiedet hat, auswerfen soll und so kamen zwei in Deutschland auf den verrückten Einfall, sich im Luftschiff „kirchlich“ trauen zu lassen.

Richtigstellung.
Um eine Verwechslung zu vermeiden, erklären wir, daß der Betriebsratsobmann **Dimitrij Schlenbler** des Murkraftwerkes Pernegg selbstverständlich mit den von uns in Nummer 20 genannten Kantineur Schlenbler nicht wesensgleich ist, was ja auch aus der Namensverchiedenheit ersichtlich ist. Im Falle Schlenbler handelt es sich um einen seit langem als Kantineur Tätigen.

Preßfond.
Ausweis S 5-23
Wir appellieren an die finanziell besser gestellten Genossen Preßfond zu zeichnen, welcher von uns vor allem zur Begabung von circa 100 S, die wir für eine Gerichtsverhandlung und eine Verurteilung des Gen. Koch wegen Übertretung des Preßges. zu zahlen haben, Verwendung findet.

Versammlungsanzeige.

6. und 2. Bezirk: Zusammenkunft jeden Samstag im Gasthaus Ehmann.
5., 3., 4., 1. Bezirk: Zusammenkunft jeden Samstag in der Elisabethnergasse 20.